

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXV. Jahrgang, Nr. 3

März 1962

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Anhaltende Kälte verzögert Frühjahrssaison — Arbeitslosigkeit Mitte März höher als im Vorjahr — Privater Konsum und Export stützen die Konjunktur — Verknappung der Liquidität des Kreditapparates

### Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1961

*Volkseinkommen — Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel*

### Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Anhaltende Kälte verzögert Frühjahrssaison — Arbeitslosigkeit Mitte März höher als im Vorjahr — Privater Konsum und Export stützen die Konjunktur — Verknappung der Liquidität des Kreditapparates**

Das kalte Märzweather verzögerte die Frühjahrssaison. Die Bauwirtschaft und andere Saisonbetriebe kommen nur langsam auf Touren. Da auch in verschiedenen nicht witterungsabhängigen Zweigen konjunkturdämpfende Einflüsse überwiegen, war die Arbeitslosigkeit Mitte März zum ersten Male seit Februar 1959 höher als im Vorjahr. Die Industrieproduktion wächst kaum noch. Auftriebskräfte gehen nach wie vor vom Export und von den Konsumgüterkäufen der privaten Haushalte aus. Dagegen stagniert die Nachfrage der Unternehmungen nach Vorprodukten und Investitionsgütern. Der hohe Bargeldbedarf der Wirtschaft und die liquiditätsmindernden Maßnahmen der Währungsbehörden beschränken die Möglichkeit des Kreditapparates, zusätzliche Kredite zu gewähren. Preise und Löhne steigen nicht mehr so kräftig wie bisher, sind aber nach wie vor bedeutend höher als im Vorjahr.

Auf dem *Arbeitsmarkt* wurde Ende Jänner mit 134.600 Arbeitsuchenden der Saisonwendepunkt er-

reicht. Im Februar sank die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden um 8 900 auf 125 700. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten um 6 300 auf 2,271 300. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war etwas geringer (—3 000) und die Zunahme der Beschäftigung größer (+5 100) als im Februar 1961. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 5,3% (im Vorjahr 6,0%). In der ersten Märzhälfte verzögerte sich die Saisonentlastung des Arbeitsmarktes. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden nahm nur um 13 500 ab, gegen 33 100 in der ersten Märzhälfte 1961. Mitte März gab es zum ersten Male seit Februar 1959 um 4 200 Arbeitslose mehr als im Vorjahr. (Scheidet man die seit Jahresbeginn nicht mehr gezählten Rentenanwärter aus, so betrug der Abstand gegen das Vorjahr über 9 000.) Die geringe Belebung in der ersten Märzhälfte läßt sich großteils mit der anhaltenden Kälte erklären. Die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter sank nur um 9 600 gegen 20 500 im Vorjahr. Ähnliches gilt für

andere Außenberufe wie Land- und Forstarbeiter sowie Steinarbeiter. Aber auch in Berufsgruppen, die nicht unmittelbar vom Wetter abhängen, wie bei den Metallarbeitern, Textilarbeitern und Nahrungsmittelarbeitern, entwickelte sich die Arbeitslosigkeit etwas ungünstiger als im Vorjahr. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hier nur um kurzfristige Fernwirkungen des verzögerten Saisonbeginns in der Bauwirtschaft handelt, oder ob sich auf dem Arbeitsmarkt auf breiterer Front eine konjunkturelle Entspannung abzuzeichnen beginnt.

Das Wachstum der *Industrieproduktion* hat sich an der Jahreswende 1961/62 weiter verlangsamt. Im Dezember war sie je Arbeitstag nur um 0,4% höher als im Vorjahr. Bedeutend weniger produzierte die Nahrungsmittelindustrie (–14,5% infolge der mäßigen Zuckerkampagne), die papierverarbeitende Industrie (–17%), die Glasindustrie (–13,5%) und die Metallhütten (–12%). Auch Eisen- und Metallwaren (–7%), Baustoffe (–8%), Eisen und Stahl (–4%) sowie Bergbauprodukte (–3%) wurden in geringeren Mengen erzeugt als im Dezember 1960. Andererseits erzielte die Maschinenindustrie eine besonders hohe Zuwachsrate (+24%), offenbar weil viele Maschinen und Geräte, an denen schon seit Monaten gearbeitet wurde, noch vor Jahresende fertiggestellt und ausgeliefert wurden. Im Konsumgüterbereich expandierten nach wie vor die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie (+9 bis 10%) sowie vor allem die Holzverarbeitende Industrie (+18%) bemerkenswert kräftig. Die Dezemberergebnisse dürfen zwar nicht überschätzt werden, da sich die Feiertage häuften und die Arbeitszeit von Betrieb zu Betrieb oft verschieden geregelt wird. Nach den bisher vorliegenden Produktionsdaten und den Tendenzmeldungen der Unternehmungen im Konjunkturtest des Institutes waren die Zuwachsraten der Produktion aber auch im Jänner und Februar nicht viel größer (im Durchschnitt etwa 2%).

Die *Landwirtschaft* lieferte im Jänner um 11% weniger Brotgetreide, aber um 7% und 8% mehr Milch und Fleisch als im Vorjahr. Butter erzeugten die Molkereien um 7%, Käse um 10% mehr. 13% der Butter- und 15% der Käseproduktion wurden zu verhältnismäßig günstigen Preisen (Butter 25,98 S, Käse 19,39 S je kg) exportiert. Da die Importsperrung für Schlachtrinder nach Italien noch nicht aufgehoben wurde, konnten nur 2% der Marktpro-

duktion an Fleisch ausgeführt werden (im Jänner 1961 6%). Der heimische Markt mußte daher um 11% mehr Fleisch aufnehmen. Um die Preise zu stabilisieren, wurden in Wien 5.400 Rinder und 1.200 Schweine aus dem Markt genommen. Auch im Februar und März mußte auf dem Viehmarkt in Wien interveniert werden. Außerdem hat Österreich in den letzten Wochen bis 3.000 Schweine wöchentlich in die Schweiz und ČSSR exportiert.

Aus heimischen Quellen wurde im Jänner etwas mehr *Energie* gewonnen als im Vorjahr. Das reichliche Wasserdargebot der Flüsse (um 16% mehr als im Regeljahr) ermöglichte es den Laufkraftwerken, um 21% mehr Strom zu erzeugen als im Jänner 1961. Die knappen Wasserreserven der Speicherkraftwerke konnten daher geschont werden, und die Dampfkraftwerke mußten bei weitem nicht so stark eingesetzt werden wie in den Vormonaten. Insgesamt wurden 1,15 Mrd. kWh Strom erzeugt, um 7% mehr als im Vorjahr. Die Erdölförderung war mit 203.000 t um 1% und die Erdgasproduktion mit 153 Mill. m<sup>3</sup> um 12% höher. Nur Kohle (260.000 t SKB) wurde um 1% weniger gefördert als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Energie war zu Jahresbeginn ziemlich lebhaft. Nach der Stagnation im IV. Quartal 1961 wurden im Jänner um etwa ein Viertel mehr Erdölprodukte verkauft als im Vorjahr (vorläufiges Ergebnis). Die Erdgasversorgung nahm um 13%, der Stromverbrauch um 6% zu. Die Kohlenbezüge waren insgesamt um 3% geringer als im Vorjahr. Infolge der Konjunkturschwäche in der Eisen- und Stahlindustrie wurde nur wenig Importkohle benötigt. Die gesamte Kohleneinfuhr ging um 9%, die Steinkohleneinfuhr um 11% zurück. Dagegen konnte dank dem größeren Bedarf der kalorischen Kraftwerke mehr inländische Kohle abgesetzt werden.

Der *Güterverkehr* der Bundesbahnen sank im Jänner saisonüblich um 13%, war aber um 6% (ohne Transit um 2%) höher als im Vorjahr. Auf der Donau konnten dank reichlicher Wasserführung um fast ein Drittel mehr Güter befördert werden. Zum Straßenverkehr wurden 434 Lkw neu zugelassen, ebenso viel wie im Jänner 1961. Der Personenverkehr auf der Bahn und mit Überlandomnibussen war etwas geringer als im Vorjahr. Obwohl mehr In- und Ausländer Urlaubsreisen unternahmen.

Der Geschäftsgang im *Einzelhandel* hat sich im Jänner saisonbedingt abgeschwächt. Die Umsätze

sanken um 47%, ebenso stark, wie im Durchschnitt der Vorjahre. Verglichen mit Jänner 1961 wurde um 9% (real um 5%) mehr verkauft. Die Zuwachsrate war vor allem deshalb niedriger als im Monatsdurchschnitt 1961 (nominell 11% und real 8%), weil der Jänner heuer nur 23 Verkaufstage und drei Verkaufssamstage hatte, gegen 25 und vier im Jänner 1961. Je Verkaufstag war der Umsatz um 18% (real um 14%) höher als im Vorjahr. Besonders schwach gingen Einrichtungsgegenstände und Hausrat. Ihre Umsätze nahmen gegen Dezember um 59% ab (im Durchschnitt der Vorjahre nur um 54%), sie waren um 7% (real um etwa 12%) geringer als im Vorjahr. Im Monatsdurchschnitt 1961 hatten sie um 13% (7%) zugenommen. Auch Bekleidungsgegenstände wurden nur um 5% (real um etwa 3%) mehr verkauft als im Vorjahr, gegen 8% (5%) im Durchschnitt 1961. Dagegen waren die Verkäufe von Nahrungs- und Genußmitteln um 14% höher (im Durchschnitt 1961 um 12%), obwohl der verlängerte Weihnachtsurlaub an Bedeutung gewann und daher mehr in Gaststätten gegessen wurde. Die hohen Umsätze erklären sich zum Teil aus der Verteuerung verschiedener Produkte (Gemüse, Obst, Kartoffel, Speiseöl) mit geringer Preiselastizität der Nachfrage. Real sind die Nahrungs- und Genußmittelumsätze um etwa 8% gestiegen, gegen 10% im Durchschnitt 1961.

Der saisonübliche Rückgang des Außenhandels im Jänner beschränkte sich hauptsächlich auf die *Ausfuhr*. Sie sank um 371 Mill. S oder 14% auf 2 333 Mill. S. Es wurde um 10% mehr exportiert als im Vorjahr, gegen 7% im Durchschnitt 1961. Von Dezember auf Jänner sank vor allem die Ausfuhr von Halbfertigwaren (—15%) sowie von Maschinen und Verkehrsmitteln (24 5%). Sonstige Fertigwaren (ohne Maschinen und Verkehrsmitteln) wurden um 10% und Rohstoffe um 9% weniger exportiert. Dagegen ließen größere Getreideexporte die Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln um 3 Mill. S auf 104 Mill. steigen.

Die *Einfuhr* sank im Jänner um 27 Mill. S oder 1% auf 3 335 Mill. S und war um 9% höher als im Vorjahr. Der Rückgang von Dezember auf Jänner war sehr gering (in den Vorjahren hatte er stets mehr als 10% betragen), weil zu Jahresbeginn die Zölle um 10% gesenkt und die Liberalisierung der Einfuhr erweitert wurde. Dadurch wurden zahl-

reiche Importe von Dezember auf Jänner verschoben. Das gilt vor allem für Fertigwaren, die am stärksten mit Zöllen belastet werden. Die Einfuhr „sonstiger“ Fertigwaren stieg saisonwidrig von 509 Mill. S im Dezember auf 520 Mill. S im Jänner. Die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln, die sich stets im Dezember infolge der steuerlichen Investitionsbegünstigung häuft, ging zwar um 56 Mill. S zurück, der Rückgang war aber viel schwächer als in den Vorjahren. Die Einfuhr halbfertiger Waren stieg infolge größerer Bezüge von Stahl, Metallen und Textilhalbwaren um 95 Mill. S und war mit 577 Mill. S die größte seit Juli 1961. Nahrungsmittel und Rohstoffe wurden etwas weniger eingeführt als im Dezember. Faßt man, um die zeitlichen Verschiebungen auszugleichen, die Monate Dezember und Jänner zusammen, so war die Einfuhr um 1 4% höher als im Vorjahr. Das entspricht etwa der Zuwachsrate im Durchschnitt der Monate September bis November 1961.

Die zufällige Häufung der Importe ließ den *Einfuhrüberschuß* im Jänner zum ersten Male etwas über 1 Mrd. S steigen. Da die Exportkonjunktur nach wie vor anhält, ist jedoch wieder mit geringeren Einfuhrüberschüssen zu rechnen, sobald sich die Importe normalisiert haben. Aus dem Fremdenverkehr gingen im Jänner netto 363 Mill. S ein, um 85% mehr als im Vorjahr. Der hohe Überschuß kann nur teilweise mit verstärkten Besuchen von Ausländern (+14%) und größeren Tagesausgaben erklärt werden, sondern geht vermutlich auch darauf zurück, daß sich ausländische Banken vorsorglich mit österreichischen Zahlungsmitteln eingedeckt haben. Infolge des hohen Einfuhrüberschusses sanken die *valutarischen Bestände* der Notenbank im Jänner um 312 Mill. S, stiegen aber im Februar wieder um 201 Mill. S.

Die Kreditexpansion hat sich im Jänner wieder verstärkt. Das *kommerzielle Kreditvolumen* stieg um 1 063 Mill. S, um 198 Mill. S mehr als im Vorjahr. Die Gewährung zusätzlicher Kredite wurde den Kreditunternehmungen dadurch erleichtert, daß sie per Saldo nur 49 Mill. S in Wertpapieren anlegten. Außerdem war der Einlagenzuwachs überraschend hoch. Auf Sparkonten wurden per Saldo 1 975 Mill. S (darunter etwa 1 2 Mrd. S Zinsgutschriften) und auf Terminkonten 366 Mill. S eingelegt, um 570 Mill. S und 331 Mill. S mehr als im Vorjahr. Einschließlich der Erlöse aus dem Verkauf eigener

Wertpapiere (58 Mill. S) vermehrten sich die längerfristigen Mittel des Kreditapparates um 2 399 Mill. S, gegen nur 1 512 Mill. S im Jänner 1961. Überdies nahmen die Sichteinlagen um 554 Mill. S (im Vorjahr nur um 16 Mill. S) zu. Trotz der kräftigen Kreditausweitung ist daher der Kreditapparat im Jänner flüssiger geworden. Seine Nettoposition gegenüber der Notenbank erhöhte sich um 470 Mill. S, wobei die Kreditunternehmungen ihr Wechselobligo verringerten und Schatzscheine zurücklösten. Die Überschüsse nach den Mindestreservenabkommen waren im Monatsdurchschnitt mit 1 259 Mill. S um 542 Mill. S größer als im Dezember, auch der Kreditplafond laut Kreditkontrollabkommen ließ einen größeren Spielraum als in den Vormonaten. Im Februar hat sich allerdings der Geldmarkt wieder stärker angespannt. Die Zunahme des Banknotenumlaufs um 508 Mill. S und der Verkauf von 560 Mill. S Schatzscheinen, die durch Umwandlung der Bundesschuld an die Notenbank geschaffen wurden, entzogen dem Kreditapparat über 1 Mrd. S Notenbankgeld, während ihm durch Gold- und Devisenkäufe der Notenbank per Saldo nur 201 Mill. S zuströmten. Die Nettoposition des Kreditapparates gegenüber der Notenbank sank daher um 819 Mill. S auf 2 215 Mill. S. Die Kreditunternehmungen mußten per Saldo 455 Mill. S Handelswechsel refinanzieren lassen und zogen 364 Mill. S von ihren freien Girokonten ab. Von den verbleibenden Girogut haben wurde ein größerer Teil durch die Mindestreservenvorschriften gebunden, da die Sätze ab 1. Februar um  $\frac{1}{2}\%$  erhöht wurden.

An der Börse herrschte nach wie vor ein lebhaftes Interesse an Anteilspapieren. Das Angebot junger Aktien der Treibacher Chemischen Werke wurde um ein Vielfaches überzeichnet. Die Kurse schwankten in verhältnismäßig engen Grenzen. Der Gesamt-Aktienkursindex stieg im Februar um  $1\frac{1}{2}\%$ , der für Industrieaktien sank um  $0\frac{1}{8}\%$ . Die Ablehnung des Kapitalberichtigungsgesetzes, das eine steuerfreie Umwandlung von Reserven in Grundkapital ermöglichen sollte, drückte die Kurse verschiedener Aktien.

Der Preisauftrieb hat etwas nachgelassen. Der Verbraucherpreisindex (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) stieg von Mitte Jänner bis Mitte Februar um  $0\frac{1}{10}\%$  auf 109,4 ( $\phi$  1958 = 100), war aber noch immer um  $4\frac{1}{2}\%$  (ohne Saisonprodukte um  $3\frac{1}{2}\%$ ) höher als im Februar 1961. Nen-

nenswert teurer wurden im einzelnen Obst, Kartoffeln, Speiseöl und nichtalkoholische Getränke, billiger dagegen Gemüse und Eier. Der Großhandelspreisindex stieg hauptsächlich infolge der Verteuerung einiger Nahrungsmittel um  $0\frac{9}{10}\%$  auf 923 (März 1938 = 100); er war um  $6\frac{6}{10}\%$  höher als im Vorjahr. Preispolitisch bedeutsam ist die Erhöhung der Preise für Kommerzeisen ( $3\%$ ) sowie für Eisen- und Metallwaren (je nach Materialintensität  $1\%$  bis  $1\frac{1}{2}\%$ ) im Februar und März. Der Ministerrat nahm auf Grund von Vereinbarungen des Gewerkschaftsbundes und der Bundeshandelskammer einen Entwurf zur Änderung des Preisregelungs- und Preistreibereigesetzes an. Künftig wird das Innenministerium unter gewissen Voraussetzungen befugt sein, auf einstimmigen Antrag der Kammern und des Gewerkschaftsbundes die Preise für Sachgüter und Leistungen für die Dauer von höchstens sechs Monaten zu regeln.

Die kollektivvertraglichen Löhne der Arbeiter im papierverarbeitenden Gewerbe wurden um  $10\%$  bis  $14\%$  und die der Textilarbeiter um  $7\%$  bis  $8\%$  hinaufgesetzt. Höhere Mindestgehälter (um  $8\%$  bis  $13\%$ ) erhielten die Angestellten in der Säge-, Holzverarbeitenden, Bekleidungs- und Schuhindustrie. Einige Lohnforderungen, insbesondere die der Eisen- und Metallarbeiter, sind noch offen. Die Wochenverdienste der Wiener Arbeiter waren im Durchschnitt der Monate Dezember und Jänner um  $7\frac{2}{10}\%$  und die Stundenverdienste um  $8\frac{9}{10}\%$  höher als im Vorjahr (Bruttoverdienste ohne einmalige Zulagen).

Die Finanzpolitik hat das im Konsolidierungsprogramm von April 1961 gesetzte Ziel, den Bundeshaushalt 1961 auszugleichen, erreicht. Nach den vorläufigen Gebarungsergebnissen schloß der Bundeshaushalt 1961 mit Gesamtausgaben von 49 841 Mill. S und Gesamteinnahmen von 48 924 Mill. S. Das Defizit von 917 Mill. S entspricht annähernd den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für Schuldentilgungen. Die Staatsschuld hat daher erstmalig seit 1957 nicht zugenommen. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt war allerdings hauptsächlich höheren Einnahmen zu danken. Sie waren um 6 630 Mill. S oder  $15\frac{7}{10}\%$  höher als 1960. Der Nettoertrag an öffentlichen Abgaben stieg sogar um  $18\frac{6}{10}\%$ . Die kräftige Einnahmensteigerung hat verschiedene Ursachen: An der Jahreswende 1960/61 wurden verschiedene Steuern und Abgaben erhöht, die Steuer-

veranlagungen wurden beschleunigt und Steuerschulden schärfer eingetrieben. Die Zunahme des nominellen Nationalprodukts ließ die Erträge an indirekten Steuern kräftig steigen, die Progression der Lohnsteuer und die Veranlagung der Konjunkturgewinne 1959 erhöhten das Aufkommen an direkten Steuern. Mit einer ähnlich großen Einnahmenstei-

gerung ist 1962 nicht mehr zu rechnen. Die Gesamtausgaben des Bundes waren trotz Ausgabenkürzungen von mehr als 1 Mrd. S um 4 674 Mill. S oder 10 3% höher als 1960. Das ist die stärkste Ausgabensteigerung seit 1958. Mehrausgaben waren vor allem für das Personal und für verschiedene soziale Zwecke (z. B. Kinderbeihilfen, Rentenreform) nötig.